V-7-014 Freie Spree für alle: Badeverbot aufheben, entwickeln statt verhindern!

Antragsteller*in: June Tomiak (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu V-1

Von Zeile 15 bis 17:
Schwimmen, gleichwertig mit anderen Ansprüchen (wie dem Recht des Befahrens mit Booten, Entnahme von Wasser etc. ~~)~~) auch tatsächlich und engagiert durchgesetzt werden.

Von Zeile 25 bis 27:
• Für das Fällen von Ermessensentscheidungen z.B. hinsichtlich der Sperrung eines Gewässers aus wasserhygienischen Gründen soll der Senat ~~sinnvolle~~wissenschaftlich fundierte Kriterien entwickeln.

Von Zeile 33 bis 37:
Freigabe eines Gewässers (z.B. bestimmte bauliche Ausstattungselemente o.ä.) zu stellen. Gleichwohl fordern wir den Senat auf, möglichst barrierearme Zugänge zum Wasser zu schaffen.
• Solange Gründe für ein Verbot bestehen, soll die Verwaltung verpflichtet werden auch selbst pro-aktiv Lösungsmaßnahmen zu initiieren, ~~umsetzen~~umzusetzen oder zu fördern. Falls Gründe für ein Verbot fortbestehen, muss die Verwaltung transparent machen, welche Bemühungen konkret unternommen wurden und warum trotz dieser Bemühungen keine Lösungen umgesetzt werden konnten.
• Die Verwaltung soll aktive Möglichkeiten zum Baden in der Stadt schaffen und

Von Zeile 40 bis 43:
2025 von Senat und Bezirk Mitte verabschiedeten Integrierten Städtebaulichen Entwicklungskonzept Berliner Mitte (ISEK) beschrieben. ~~Die~~Außerdem soll die Einrichtung weiterer innerstädtischer Schwimmstellen auch in Trägerschaft durch andere Bezirke, Vereine und landeseigene Unternehmen aktiv ~~unterstützen~~unterstützt werden.

Begründung

Begriffsschärfungen sowie Ergänzungen zum Thema Barrierearmut, zu mehr Transparenz und zur Konkretisierung welche Unternehmen gemeint sind.

Unterstützer*innen

Teresa Reichelt (LV Grüne Jugend Berlin); Daniela Ehlers (KV Berlin-Lichtenberg); Marlene Jahn (LV Grüne Jugend Berlin); Silke Gebel (KV Berlin-Mitte); Julia Schneider (KV Berlin-Pankow)